

# Dresdner Volkszeitung

Versandkonto: Dresden  
Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Buchh. Straßbank, Dresden.  
Bank der Arbeiter, Anhalterstr. und  
Beamen, L.-O. Dresden.  
Gebr. Krenold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit der täglichen Unter-  
stützung des "Deutsches Volk", außerdem "Volk und Welt"  
täglich 2 Pf., halbjährlich 1 Mark, Einzeleinzelnummer 10 Pf.  
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2331. Sprech-  
stunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2331 und 12 70.  
Geschäftsbüro von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Raumzeile  
für 10 Zeilen, die 50 mm breite Raumzeile 20 Pf., für unordnige  
Anzeigen 25 Pf. und 250 Pf. für Anzeigen, Stellen- und Ab-  
gebote 40 Pf. pro Raumzeile, für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 56

Dresden, Dienstag den 6. März 1928

39. Jahrg.

## Der Sicherheitspakt ist da!

Aber nur wenige Staaten nehmen ihn an!

T. Genf, 5. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Sicherheitskommission nahm am Montag ihre öffentlichen Sitzungen wieder auf. Es zeigte sich, daß das Verhandlungsamt sich in weitem Umfange auf eine Mitwirkung des Rates beim Abschluß von Schieds- und Sicherheitsverträgen festgelegt hat. Der Rat soll auf Wunsch eines Staates unter Berücksichtigung der politischen Situation und des allgemeinen Friedensinteresses den Abschluß von Schieds- und regionalen Sicherheitsverträgen empfehlen, bezogen zwei Resolutionen. Angenommen ist ferner der allgemeine Schieds- und Schiedsgerichtsvertrag.

Den zu unterzeichnen alle Parteien aufgefordert werden sollen. Der Vertrag schließt sich eng an schwedische Vorschläge an und geht über die meisten bisher abgeschlossenen Verträge infolge der allgemeinen Streitigkeiten, sowohl rechtliche wie politische, der friedlichen Regelung unterworfen werden. Die Frage ist nur:

wie viele Staaten einen solchen Vertrag unterzeichnen werden.

England, d. h. seine konservative Regierung, lehnte in der Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß der Völkerbund, der für England genügende Generalvertrag sei, ab und wies die ironische Frage, ob man wirklich abstrahieren würde, wenn alle Staaten dem neuen Vertrag angeschlossen würden. Obwohl diese Frage eine lange Diskussion entzündete, wurde sie nur immer gestreift, nicht direkt bestritten.

Aus der Diskussion ist eine Bemerkung des Vorsitzenden Gen. G. Heald hervorzuheben, in der er ausdrückte, daß die Einleitung des neuen Generalvertrages auf keinen Fall die Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundespaktes notwendig mache, d. h. das Eingreifen des Völkerbundes gegen Angreifer. Eine Resolution über den Beitritt zum internationalen Schiedsgericht, die den Rat auffordert, die noch nicht angeschlossen Staaten über ihre Gründe zu befragen, wurde nur angenommen, aber England teilte sofort mit, daß es auch nicht für alle juristischen Streitigkeiten dem Schiedsgericht beitreten könne. Die deutschen Kriegsverurteilungsentscheidungen sollen erst den Regierungen zur Rücküberprüfung vorgelegt und nach gründlicher Prüfung dann in der nächsten Sitzung der Sicherheitskommission einer zweiten Lesung unterworfen werden. Als Berichterstatter wurde ein Belgier bestimmt.

### Amerika fordert einen Weltfriedenspakt

Genf, 5. März. Nach den bisherigen Dispositionen wird für Dienstag eine Besprechung der fünf Mächte England, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan erwartet, auf der der Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten

auf Abschluß eines internationalen Schieds-  
gerichtsvertrages zum ersten Male zur Erörterung ge-  
langten soll.

### Beginn der Ratstagung

T. Genf, 5. März. (Eig. Drahtber.)

In der ersten am Montag eröffneten 49. Sitzung des Völkerbundes wurden Angelegenheiten milderer Bedeutung erledigt. Der Bericht über die Aufhebung der griechischen Fiskalange und der Bericht der kanarischen Mandatskommission wurden genehmigt. Die Wahl von zwei Ersatzmitgliedern für die Mandatskommission wurde der nächsten nichtöffentlichen Sitzung überwiesen. Wichtigster ist ein Entschluß des englischen Außenministers Chamberlain an den Vertreter Hollands als Berichterstatter, den Rat über den Stand der polnisch-litauischen Frage zu unterrichten.

In der vorhergehenden nichtöffentlichen Sitzung versuchte Polen vergeblich, die Behandlung des Gutachten des Haager Gerichtshofes, das den Danziger Eisenbahnern gegen die polnische Verwaltung und den Völkerbundkommissar recht gibt, zu verlagern. Auf deutschen Einspruch wurde die Beratung der Frage für die letzten Tage dieser Ratstagung in Aussicht genommen. Die Gewährung einer Völkerbundanleihe an Portugal hat einen politischen Anstrich bekommen durch ein Schreiben der republikanischen Parteien Portugals, in dem diese alle Verpflichtungen aus einer solchen Anleihe mit dem Hinweis darauf, daß in Portugal eine Militärdiktatur ohne parlamentarische Kontrolle herrsche, ablehnt. Ein Komitee aus den Außenministern der vier europäischen Großmächte, Portugal und Finnlands soll nun entscheiden, ob die politische Situation eine Völkerbundanleihe in Portugal erlaubt. Auf jeden Fall dürfte es kaum mehr in dieser Ratstagung zur Gewährung der Anleihe kommen. Flüchtlings- und Budgetfragen füllten die Sitzung aus.

Am Montag abend fanden private Besprechungen zwischen Stresemann und Briand mit ihren Beratern statt. — Die Sitzung am Dienstag wird Wirtschaftsprüfung, den Bau des neuen Völkerbundgebäudes u. a. behandeln.

### Im Juni Räumungsantrag

P. Paris, 6. März. (Eig. Funkbericht.) Eine de Paris berichtet, daß Stresemann gestern in Genf in seiner Unterredung mit Briand die Versicherung abgegeben habe, daß während der gegenwärtigen Ratstagung die Frage der Rheinlandräumung angesichts der bevorstehenden Neuwahlen in Deutschland und Frankreich nicht aufzuwerfen werden solle. Stresemann habe aber sofort offen angekündigt, daß er dies in der Junitagung des nachholen werde. Im Juni werde er einen offiziellen Räumungsantrag stellen.

## Die Tragödie des Patrioten

Eine neue Berühmtheit ist am Berliner Himmel der letzten Zeitungsüberschriften aufgetaucht: der Farmer Langkopp, der im Reichsentschädigungsamt seinem Anspruch auf 12 000 M. durch Schellenmaschine und Browning einen launigen Widerstand zu verstehen entschlossen war. Zu dem Gelde ist er nicht gekommen, wohl aber zu einem Namen, der mit dem des Arnold Winkelried und des Michael Kohlhaas verbunden worden ist — und der Vorschlag, ihn in den Schuldenbüchern weiterleben zu lassen, ist auch schon gemacht worden.

Kann ist ja freilich zuzugeben, daß viele Momente für Langkopp sprechen. Dieser Mann hat sich unter ostafrikanischer Tropenzone für Deutschland herumgeschunden, ist viel umhergelehrt worden und mußte, als er dann in die Heimat zurückkehrte, erleben, daß das dankbare Vaterland über den Großen die Taschen vollzupropfen verstand: den armen, mühsamstrenigen, Keedern, daß für Karrieren, faule Pensionen, Großpensionäre immer Geld flüchtig gemacht werden konnte, daß aber der gemeine Mann immer wieder betrogen wurde. Er mußte in den Korridoren und Vorzimmern der Kanter lauern und warten. Man schickte ihn und schickte mit ihm herum. Der Farmer Langkopp ist schließlich behandelt worden, viel schlechter als die noch immer Mächtigsten in Deutschland, als die Männer der Titel und der Reichsämter.

Das ist die eine Seite der Geschichte. Aber dann gibt es hier noch eine andere Seite. Langkopp ist nicht der ehrliche und nicht derjenige, der am härtesten unter den Millionen sozialer Ungerechtigkeiten zu leiden hatte. Da sind unzählige andere, die ist das Heer jener kleinen Leute, die schuldlos gegenüber den Problemen der Unsozialen stehen und nicht ganz so aufgeweckt wie die Inflationen-gegner. Tausende und Tausende, bis auf die letzte Mark einigermäßig, und heute möblierte Zimmer vor sich und in den Taschen 1000 M. in bar vom Reichsentschädigungsamt aufgebracht bekommen. Das ist nicht viel. Aber es ist auch nicht: gar nichts, und es kommt der Summe hinzu, die wandern flüchtige Arbeiter sich in dieser Zeit verdient hat. Niemand hat daran gedacht, es bei diesem Be-

trage betenden zu lassen. Langkops Ansprüche waren auf 43 000 M. fixiert worden. Das war ja nun auch wieder nur ein Teil der verlorengegangenen Werte, aber es waren immerhin 42 Prozent davon, und wenn auch das Reich schuldig und kleinlich gewesen war und die Erledigung der Zahlung dauernd verzögert hatte: Langkopp hatte Aussicht auf das Geld gehabt, und er war in dieser Hinsicht Millionen Reichlichen gegenüber im Vorteil gewesen, die, weder Träger noch Mithelfer als er, niemals daran denken können, jemals in den Besitz solcher Summe zu kommen.

Langkopp sind die Kerben gerissen. Er hatte dieses Gewerbe, Getraide, diese Antikambrieren satt. Er wollte auf Geld und Feuerig alles auf den Tisch des Hauses gesetzt haben, was er im Kriege dahingegeben hatte. Ein Kanakler des Rechtsgefühls? Ein unbeschädigter Blutsauger der Verantwortlichkeit? Das alles ist Langkopp durchaus nicht. Wir sind durch die Schuld — oder sagen wir hier einmal ganz neutral: mit der Verantwortung des kaiserlichen Deutschlands in den Krieg gegen die Erde geschüttelt und haben ihn unter der Verantwortung der kaiserlichen Generale verloren. Viele Hunderttausende sind zerstückelt, verbrannt, vertrieben, verschlimmert worden. Andere Hunderttausende sind an den Nachwirkungen des Krieges zu Bettlern geworden. Eine Handvoll Bevorzugter hat an allem verdient: sie haben Zeit eingelegt, und es geht ihnen famos. Langkopp gehört zwar nicht zu ihnen, aber er gehört auch nicht zu jenen. Das Haus in Frieden mit der 700 Beamten und dem hochstehenden Namen "Reichsentschädigungsamt" ist ja wirklich keine gemeine Einrichtung. Aber die Leute wie Langkopp, die 10 Jahre noch einen verlorenen Kriege nichts anderes zu tun wissen, als sich immer nur auf den Besitz zu berufen, den sie früher einmal gehabt haben, und die angesichts der Blut- und Elendopfer so vieler Volksgenossen um keine Pfennig von ihren Ansprüchen heruntergehen wollen: die verdienen es wohlhabend nicht, als Wächter angeheuert zu werden. Der Patriotismus des Kriegesfreiwilligen Langkopp hat die seltsamen und töverlichen Folgen des Krieges und des Zusammenbruchs gut überstanden, aber die sechzigprozentige Wertverminderung seines Vermögens zu überwinden, ist er nicht imstande gewesen. Gerade das aber scheint mir die Tragik dieser Art von Patriotismus überhaupt zu sein. H. B.

## Generalsdiktatur in China

Drosselung der Revolution — Massenmord an den Revolutionären

Von Tang-Leung-Li

Die jüngste Entwicklung der nationalen chinesischen Revolution muß naturgemäß alle die mit Enttäuschung erfüllen, die in der Nachbegründung der Kuomintang (Nationale Volkspartei) nicht nur das Ende der ausländischen Herrschaft in China, sondern auch das Ende der militaristischen Mißregierung sahen. Allgemein herrschte damals das Gefühl, daß die destruktive Ära der Revolution bald der Geschichte angehören würde und der Wiederaufbau Chinas auf demokratischer und sozialistischer Grundlage in Harmonie und Frieden beginnen könnte. Ja, das Prestige der chinesischen Nationalbewegung war so großartig, daß selbst die mächtigsten imperialistischen Mächte sich zu weitgehenden Konzessionen bereit zeigten. Großbritannien kapitulierte vor Kanton und Hankau; auch Japan wagte nicht, für die Beschimpfung seiner Flagge in Nanjing, wie es sonst im diplomatischen Leben üblich ist, Genugtuung zu fordern. Alle beschränkten sich darauf, an einer inneren Spaltung der Nationalpartei zu arbeiten, bis plötzlich der Wendepunkt kam.

Die chinesischen Kaufleute, Fabrikanten, Bankiers und Grundbesitzer, die bisher ausschließlich der Nationalbewegung ihre Unterstützung gewährt hatten, rebellierten gegen den wachsenden Einfluß der chinesischen Arbeiter und Bauern, indem sie Tschiangkaiſcheks Aufstieg gegen die Kuomintang-Regierung unterstützten. So verdrängte Tschiangkaiſchek, gestützt auf den rechten Flügel der Kuomintang, eine eigene Regierung in Nanjing einzusetzen und eine Herrschaft des Terrors gegen die Arbeiter Shanghais und die Bauern der unter seiner Herrschaft befindlichen Provinzen zu proklamieren. Die Gewerkschaften, denen Tschiangkaiſchek die Erhebung Shanghais zu verdanken hatte, wurden aufgelöst, ihre Führer hingerichtet, und Hunderte von Studenten unter dem Vorwand, zu den Kommunisten zu zählen, zum Tode verurteilt. Im Juli folgten die militärischen Führer von Wuhan dem Vorbilde Tschiangkaiſcheks. Ein Regiment des Schrekens breitete sich über ganz China aus, Wangschingwei, Sunfo, T. B. Sung versuchten, ihren Einfluß im Sinne der Mäßigung einzusetzen, aber sie verdrängten die Militärs nicht zur Vernunft zu bringen. Eugen Tschien, der frühere Außenminister, und die Witwe Sunjatsens, des Schöpfers der chinesischen Nationalbewegung, beide keinesfalls Kommunisten, traten von der Regierung zurück, angefaßt von dem Verrat, der an den Grundrissen Sunjatsens verübt wurde. Auch die Kommunisten und kommunistisch eingestellten Mitglieder der Regierung von Wuhan verschwanden von der Bildfläche.

Inzwischen war die Wiedervereinigung zwischen den Regierungen von Wuhan und Nanjing erfolgt. Die Nationalbewegung schien neue innere Kraft zu sammeln. Tschiangkaiſcheks Stellung in Peking wurde unsicher und der Fall der Hauptstadt des Nordens schien unmittelbar bevorzustehen. Tschiangkaiſchek, der infolge seiner terroristischen Regierungsmethoden und seiner diktatorischen Finanzpolitik sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Bürgern in Ungnade gefallen war, mußte abtreten. Aber kaum war er verschwunden, als der sinnlose kommunistische Staatsstreich in Kanton erfolgte. In seinen Auswirkungen stand er hinter dem weißen Terror anderer bolschewistischer „Revolutionen“, wie z. B. in Ungarn, nicht zurück. Binnen wenigen Tagen wurden Tausende von Arbeitern hingerichtet; der Kuomintang angehörende Intellektuelle, die an Sunjatsens Lehre von der Zusammenarbeit mit den arbeitenden Massen festhielten, wurden als Kommunisten und Konterrevolutionäre behandelt und mißhandelt. Die Folge war, daß der Militarismus wieder neuen Zulauf erhielt und die kommunistische Herrschaft trotz Unterstützung durch Sowjetrußland bald ihr Ende erreichte. Wie früher herrscht jetzt wieder eine kleine egoistische Clique. Außer Tausenden von Toten ist das mit der wesentlichste „Erfolg“ der von Moskau aufgeputzten bolschewistischen Narren und Verräter an ihrer Klasse. Sie allein haben Schuld, wenn nunmehr von den in dem Programm der Kuomintang enthaltenen Versprechungen über eine Besserung der Wirtschaftslogik der arbeitenden Massen und über soziale Reformen nicht mehr die Rede ist. Die blutig geschaffenen Anfänge einer Demokratie in China sind vernichtet. Dank der Kommunisten ist an ihre Stelle die Diktatur einiger Generale getreten.

Die unmittelbare Aussicht, die sich unter diesen Umständen für China eröffnet, ist äußerst unerschmeißlich. Anlaß zur Verzweiflung an der chinesischen Freiheitsbewegung ist dennoch nicht gegeben. Das Tragische an der Situation ist nur, daß jetzt nicht allein die Kommunisten, sondern auch die Vorkämpfer gegen den Imperialismus und gegen den Militarismus für den bolschewistischen Bolschismus hüpfen müssen. Die alten Führer, deren Namen mit dem Aufstieg der Kuomintang in der Geschichte immer verzeichnet werden müssen, sind fast reißlos im Ausland oder üben keine politische Tätigkeit mehr aus. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß dieser Zustand lange währen wird; denn die Reaktion in China, so sehr sie im Augenblick auch toben mag, kann nur eine Ubergangsperiode darstellen.